



Banken in die Schranken – der Protest geht weiter!

Mit den weltweiten Protesten am 15. Oktober fiel der Startschuss zu einer neuen Bewegung. Der Zorn gegen Bankmacht, Demokratieabbau und Sozialraub wächst: Seit Beginn der Finanzkrise haben die Regierungen die Kosten systematisch auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt, zugunsten der großen Banken und der Vermögenden. Bei EU-Gipfeln beschließen die europäischen Regierungen eine Bankenrettung nach der anderen – und immer sollen die Bürger_innen bezahlen. Merkel, Schäuble & Co. wollen das Bankensystem im Wesentlichen unangetastet lassen und weiterhin mit Steuergeldern füttern, während ein paar kosmetische Korrekturen Handlungsfähigkeit vorgaukeln. Stattdessen muss es jetzt darum gehen, die Ursachen der Krise zu beseitigen!

Attac fordert: Banken entmachten!

Lange wurde diskutiert, dass viele Banken zu groß seien, um sie Pleite gehen zu lassen („too big to fail“), schließlich seien sie „systemrelevant“. An diesem Punkt wäre die richtige Konsequenz gewesen, den Privatbanken die Möglichkeit zu nehmen, die Allgemeinheit zu erpressen, indem man sie zerlegt und unter demokratische Kontrolle stellt. Die meisten europäischen Länder haben stattdessen Sparprogramme aufgelegt und gleichzeitig neue Schulden gemacht, um die Rettungspakete zu finanzieren. Dies ist ein wesentlicher Faktor für die steigende Staatsverschuldung europäischer Staaten – nicht die angeblich „zu hohen Sozialausgaben“ und Lohnkosten der Krisenstaaten, wie die Regierungen, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds behaupten. Megabanken müssen entmachtet werden, damit sie nicht mehr systemrelevant sind!

Attac fordert: Reichtum umverteilen!

Von den bisherigen Rettungsprogrammen haben ausschließlich Kapitalbesitzer profitiert. Ihre drohenden Verluste wurden mit Steuermitteln ausgeglichen. Jetzt sollen die Profiteure der Krise für die

Kosten dieser Politik aufkommen! Notwendig sind dafür eine Finanztransaktionssteuer und eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Außerdem müssen Schattenfinanzplätze und Steueroasen konsequent geschlossen werden, um Steuerhinterziehungen zu verhindern. Mit diesen und anderen Umverteilungsmaßnahmen würden Mittel frei – für Klimaschutz, Armutsbekämpfung, globale soziale Mindeststandards, die Verteidigung öffentlicher Güter und für die Finanzierung der jetzigen Krisenkosten.

Die enorme Spaltung zwischen Reich und Arm muss überwunden werden; sie ist ein wesentlicher Faktor, der zu dieser Krise geführt hat!

Attac fordert: Demokratie erkämpfen!

Die Menschen, die weltweit ihren Protest auf die Straße tragen, eint der Wunsch nach Durchsetzung echter demokratischer Strukturen. Sie sehen ihre Interessen nicht mehr angemessen vertreten und sind nicht bereit, die Folgen einer Politik auszubaden, die sie nicht mitbestimmt haben und mit der sie nicht einverstanden sind.

Doch nicht nur auf nationaler, auch auf internationaler Ebene steckt die Demokratie in der Krise: Die steigende Staatsverschuldung macht Regierungen zunehmend handlungsunfähig gegenüber der Krise. Zum einen werden Staaten wie Griechenland, Irland und Portugal Spar- und Privatisierungsmaßnahmen diktiert, vor allem auf Druck der deutschen und französischen Regierung. Zum anderen werden nationale Parlamente auch nicht mehr konsultiert, wenn neue Rettungsmaßnahmen beschlossen werden. Dabei sind insbesondere die Haushaltsdiktate der „Troika“ aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) in keiner Weise demokratisch legitimiert.

Die Profitinteressen einiger weniger dürfen nicht über die Interessen aller anderen gestellt werden – wir brauchen eine neue demokratische Willensbildung, die das verhindert!